

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	114
		TOP:	10
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	27.09.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Herr Herweg (JugA), Frau Hillerich-Sigg (StatA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Quartiersmonitoring Soziale Stadtentwicklung - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 12.07.2021, öffentlich, Nr. 93
Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 20.07.2021, öffentl., Nr. 251
jeweiliges Ergebnis: Kenntnisnahme

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-
anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.
Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier-
form angehängt.

Dieser Tagesordnungspunkt ist im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 12.07.2021
als TOP 5 aufgerufen worden. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf das Proto-
koll mit der NNr. 93/2021 verwiesen.

Frau Hillerich-Sigg berichtet entsprechend der Präsentation über die Vorgehensweise
im Rahmen des Quartiersmonitorings Soziale Stadtentwicklung und über erste Ergeb-
nisse.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) lobt den guten Ansatz des Quartiersmonito-
rings, von großem Vorteil sei die die kleinräumliche Betrachtung mit Bezug auf Armut.
Als Beispiel nennt sie das Areal des Bürgerhospitals, das in dieser Weise betrachtet
und Handlungsbedarfe identifiziert werden könnten. Allerdings weist die Stadträtin da-
rauf hin, dass das Schulverwaltungsamt im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit unbed-
ingt als beteiligtes Amt involviert werden müsste. BMin Fezer teilt mit, sie sei in dieser
Sache etwas anderer Auffassung. Wenn es um Quartiersarbeit, um die Verortung gehe,

seien die Schulsozialarbeiter*innen, die Kolleg*innen in der Ganztagsbetreuung, die jenseits der Lehrkräfte flankierend in der Schule und in der Jugendhilfe tätig seien, die richtigen Ansprechpartner. Da finde eine entsprechende Zusammenarbeit statt. In dieser Situation wirke das Jugendamt in die Schule hinein und nicht das Schulverwaltungsamt in die Gemeinwesenarbeit. Bei allem was Schulentwicklung bedeute, sei das Schulverwaltungsamt beteiligt. Frau Hillerich-Sigg ergänzt, das Schulverwaltungsamt sei im Rahmen der Grundschul-Ganztagsförderung auf das Statistische Amt zugekommen, wobei ein Förderindex entwickelt werden sollte, um Schulen zu identifizieren, damit diese besser gefördert werden. Hierbei sei ein Abgleich mit dem Armutsindex vorgenommen worden. Die Verbindung zwischen den Ämtern bestehe durchaus, so Frau Hillerich-Sigg.

StR Dr. Nopper (CDU) meint, Bildung fließe mittelbar in die Statistik ein, und das Quartiersmonitoring halte er für eine valide Angelegenheit. StRin Meergans (SPD) äußert sich in ähnlicher Weise und weist auf ihren Redebeitrag im SGA vom 12.07.2021 hin; in dieser Sitzung sei das Thema ausführlich behandelt worden. StR Pantisano (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) verweist ebenfalls auf die im SGA geführte Debatte und betont die wichtige Funktion des Quartiersmonitorings im Hinblick auf einen integrierten sozialen Stadtentwicklungsplan, der im Haushalt beschlossen werden sollte.

Von StRin Höh (FDP) wird festgestellt, die Kleinteiligkeit führe zu den entsprechenden Ergebnissen, die sie begrüßt. StRin Hübsch (PULS) schließt sich den bisherigen Wortbeiträgen an und bemerkt, der räumliche Ansatz sei wichtig, um Problemfelder zielsicher zu erkennen. StRin von Stein (FW) erkundigt sich nach einer möglichen sozialen Durchmischung der Bürgerinnen und Bürger.

Im Namen der Träger äußert Herr Hardt, die Träger und die Liga der Wohlfahrtspflege halten das Quartiersmonitoring für sehr bedeutsam. Daher wollten sich die Träger von Anfang an mit einbringen, da sie sozialpolitisch vernetzt seien und die Bedarfe der Bürger*innen kennen würden.

Das ämterübergreifende Projekt mit der kleinräumigen, systematischen Beobachtung von spezifischen Herausforderungen und Veränderungen in Wohnquartieren sowie die Identifikation von Quartieren mit potenziellem Handlungsbedarf habe zum Ziel, dass im Ergebnis überall "dunkelblaue Flächen" auf der Karte entstehen würden, äußert die Vorsitzende. Wenn entsprechende Maßnahmen getätigt würden, wäre immer noch der Armutsrisiko-Index vorhanden. Die Indikatoren, wie Alleinerziehende oder Einwohner*innen mit Migrationshintergrund, die tatsächlich von Armut bedroht seien, sollten aus der Indikatorfalle gebracht werden. Ziel sollte daher ebenfalls sein, dass sich die Indikatoren änderten. Darüber hinaus sollten, wenn die Flächen alle dunkelblau sein sollen, Bürger*innen in Arbeit gebracht werden, damit sie ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Dabei sollten Kinder von vornherein so ausgebildet und befähigt werden, dass sie später nicht in dem Armutsindex auftauchen. Sie wolle nicht die Symptome bekämpfen, sondern Menschen, die heute Kinder seien, befähigen, damit sie später nicht mehr in diesem Index auftauchen.

Als Statistikerin, so Frau Hillerich-Sigg, weist sie darauf hin, dass das Ziel nicht "dunkelblaue", sondern "gelbe Flächen" seien. Alle Bürger*innen sollten dann ähnlich gestellt sein - relativ im Durchschnitt gemessen. Die Maßgabe sei der Stuttgarter Bürger und nicht der Bundesdurchschnitt sämtlicher Bürgerinnen und Bürger, ergänzt sie.

Herr Herweg bemerkt, er habe, bezogen auf das Quartiersmonitoring, direkt an die KiFaZe gedacht, die sich nicht an räumlichen Merkmalen, sondern an dem Bonuscardmerkmal als individuellem Merkmal orientierten. Die Gebiete, die von Frau Hillerich-Sigg genannt worden seien, verfügten zu 88 % über KiFaZe. Die Erklärung, warum es Gebiete gebe, wo sich kein KiFaZ befinde, müsse erarbeitet werden. Mit diesen Ergebnissen wolle die Jugendplanung in die regionalen Trägerkonferenzen gehen, um mit unterschiedlichen sozial aktiven Akteuren, die sich im Stadtgebiet in der Verantwortung sähen, ins Gespräch zu kommen. Ebenso werde der Kontakt mit den Beratungszentren gesucht, da die Mitarbeiter*innen eng mit den Familien in Kontakt seien. Frau Dr. Heynen (JugA) ergänzt, der effektivste Weg, um zu einer Heterogenität der Stadtbevölkerung beizutragen, sei durch die Wohnumfeldbedingungen und die Wohnmöglichkeiten. Sie verdeutlicht, aus Sicht der Kinder und Jugendlichen sei das der effektivste Weg.

Frau Reinholdt fragt nach, ob die Ursachen der Armut hinterfragt worden seien. Dabei weist sie darauf hin, dass es in Stuttgart keine Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Schichtarbeiter*innen gebe. Diese Situation führe ebenfalls in Armut, da Alleinerziehende nicht vollumfänglich arbeiten könnten. Eine diesbezügliche Erhebung und eine bedarfsorientierte Betreuung wäre vonnöten, ergänzt Frau Reinholdt.

Frau Hillerich-Sigg erklärt, zur Datenerhebung und zu den Ursachen konkreter Armut seien Sekundärdaten verwendet worden, die auf Befragungsdaten basierten. Die Alleinerziehenden in SGB II seien explizit ausgewiesen worden. Bei einem konkreten Zuschnitt von Maßnahmen müsste mit lokalen Akteuren genauer geschaut und die Menschen genauer befragt werden, um Details zu verändern. Anschließend schildert sie die weitere Vorgehensweise im Rahmen des Projekts.

Herr Hardt wiederholt seine Frage nach der Beteiligung und der Diskussion mit den freien Trägern. Herr Herweg antwortet zur Einbindung der Träger, aktuell gebe es drei Vorhaben, die Einbeziehung der Beratungszentren, der regionalen Trägerkonferenzen und der Mitarbeiter*innen im Rahmen der großen Bereichsleiterrunde unter Beteiligung der Akteure der Hilfen zur Erziehung, die regional verantwortlich seien. Hintergrund für dieses Vorgehen sei, dass es sich um Quartiersmonitoring handle mit kleingliedrigen Informationen, die nicht stadtweit diskutiert werden müssten. Nach einer Veröffentlichung der Ergebnisse könnten die Träger auf diese zurückgreifen und in interner Runde diskutieren, so Herr Herweg. In den Projekten seien die Träger in der Folge beteiligt, fügt die Vorsitzende hinzu.

Herr Hardt äußert sich nicht ganz zufrieden mit der Antwort der Verwaltung und betont, die Beteiligung der Träger in diesem Prozess sei ein Angebot. Er halte es für sehr zielführend, wenn die Träger beteiligt würden. Frau Dr. Heynen (JugA) bittet um etwas Geduld und äußert, jugendamtsintern müssten zunächst die Ergebnisse reflektiert werden.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Statistisches Amt (2)
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
 5. Referat SI
Sozialamt (2)
Gesundheitsamt (2)
 6. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 7. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 8. Stadtkämmerei (2)
 9. Rechnungsprüfungsamt
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion